

Grundwerte in der politischen Praxis

Christliche Gedanken zu einer Grundsatzreflexion in der LSAP

Die LSAP arbeitet zur Zeit an der Abfassung einer neuen Grundsatzerklärung. Im Rahmen der entsprechenden Vorarbeiten organisiert sie vier Rundtischgespräche mit Nicht-Parteimitgliedern zu Themen wie Grundwerte in der modernen Gesellschaft, soziale Solidarität, Ökologie und Ökonomie, Demokratie. Zum ersten Forum über die Grundwerte, das am 25. September 1991 stattfand (vgl. Bericht in t, 27.9.1991), war auch ein Vertreter unserer Redaktion eingeladen. Wir veröffentlichen hier seine Stellungnahme, die auf Wunsch der Organisatoren den Beitrag der Christen zur Grundwerte-Debatte beleuchtet. Da der Ablauf der Veranstaltung kurzfristig abgeändert worden war, wurde der Beitrag dort nicht in der vorliegenden Form vorgetragen. Zur Veröffentlichung in "forum" wurde nur der Schlußabschnitt aktualisiert.

Ich wurde eingeladen, als Christ zum Thema Grundwerte in der modernen Gesellschaft Stellung zu nehmen. Das ist für mich nicht einfach, weil ich der Meinung bin, daß man sich selbst nie als Christ bezeichnen kann, sondern höchstens versuchen kann, Christ zu sein. Fertige Rezepte für die Lebensbewältigung und somit auch für politische Entscheidungen hat ein Christ genausowenig anzubieten wie ein Nicht-Gläubiger. Es ist dies für mich ein erster Grund, warum eine Partei, die das C im Namen führt, theologischer Unsinn ist.

Das Christentum ist ja gerade keine Ideologie, kein philosophisches Gedankensystem, sondern der Versuch, einem Menschen nachzufolgen, der vor rund 2000 Jahren in Palästina gelebt hat und durch sein Leben gezeigt hat, was Menschsein bedeuten kann, was ein vollendetes Menschenleben sein kann. Er hat mit den Armen geteilt, er hat Kranke geheilt, er hat mit Ausgestoßenen gegessen, er hat sich von einer Prostituierten küssen lassen, er hat Juden, die gegen Gott gefehlt hatten, die Hand gereicht, er hat seinen Freunden die Füße gewaschen, er hat jeden, der sich für seine Lehre interessierte, die Freiheit gelassen, sich auch gegen ihn zu entscheiden, er hat jene, die an die Spitze drängten, aufgefordert, sich hintenanzustellen: sie sollen keinen anderen Herrn und Lehrmeister anerkennen als ihren Vater im Himmel. Er lehnte jedes Machtdenken, jedes Aufdrängen der eigenen Meinung ab: für mich ein zweiter Grund, warum eine C-Partei sich zu Unrecht auf ihn beruft.

Diese paar Erinnerungen an Jesus von Nazareth mögen einigen von Ihnen etwas bigott klingen. Mir ist wichtig, daß sie sehr konkret sind. Grundwerte sind keine Frage der Theorie, sondern der Praxis. Über die Frage, was als Grundwert in unserer Gesellschaft zu gelten hat, dürften sich alle Parteien einig sein. Das Thema braucht also nicht lange diskutiert zu werden. Auch über sogenannte neuere Werte wie den Naturschutz oder den Schutz des ungeborenen Lebens ist man sich in der Theorie einig. In der prak-

tischen Umsetzung gibt es allerdings erhebliche Unterschiede. Jesus hingegen hat eine Praxis vorgelebt. Im Gegensatz zu Jesus kann die Praxis allerdings heute nicht mehr nur individuell sein, politische, kollektive Lösungen der anstehenden Probleme sind in unserer Gesellschaft erforderlich. Christen auf der ganzen Welt haben in den letzten Jahren die heute wesentlichen Heilsforderungen in den Stichworten "Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung" zusammengefaßt.

Wenn die Praxis das Wahrheitskriterium des christlichen Glaubens ist, stellt die Glaubwürdigkeit einen ersten Grundwert dar. Jesus wurde wegen seiner Praxis ans Kreuz genagelt. Sein Leben endete im Mißerfolg. Und doch war es ein Erfolg: seine Freunde folgten ihm über seinen Tod hinaus, erzählten seine Taten und feierten seine Auferstehung.

Die Frage der Glaubwürdigkeit richtet sich natürlich an erster Stelle an die Kirche selbst. Es dauerte bis zu Papst Johannes XXIII. und zum 2. Vatikanischen Konzil, bis sie die erstmals in der französischen Revolution formulierte Erklärung der Menschenrechte anerkannte und darin auch christliche Wurzeln entdeckte. Die Kirchengeschichte war und ist ein stetes Auf und Ab von Machtstreben und Verkündigung der Armut und der Ehrlichkeit. Ein Christ wird daher sehr bescheiden sein müssen, wenn er andern den Spiegel vorhalten soll in Sachen Grundwerte und Glaubwürdigkeit. Er weiß an und für sich nicht mehr und besser, wie er das Leben und den Tod zu bewältigen hat.

Eine vom Materialismus geprägte Gesellschaft

Ich kann mich daher bei den im folgenden, zweiten Teil vorgetragenen Ansätzen zu einer Analyse der modernen Gesellschaft, in der die Grundwerte gelebt werden müssen, nicht stärker auf das Christentum berufen als irgendein anderer Teilnehmer dieses Dis-

Die Kirchengeschichte war und ist ein stetes Auf und Ab von Machtstreben und Verkündigung der Armut und der Ehrlichkeit. Ein Christ wird daher sehr bescheiden sein müssen, wenn er andern den Spiegel vorhalten soll in Sachen Grundwerte und Glaubwürdigkeit.

Eine sozialen Grundwerten verpflichtete Politik ist nicht unbedingt populär und führt wahrscheinlich öfters zum Koalitionskrach. Ihre Glaubwürdigkeit verlangt diesen Preis.

kussionsforums. Ich bin auch als Christ nur ein kritischer Zeitgenosse und Beobachter unserer Gesellschaft unter vielen.

In meinen Augen ist die westeuropäische, postindustrielle Gesellschaft gekennzeichnet durch Materialismus und Egoismus auf individueller Ebene und entsprechend auf parteipolitischer Ebene durch Elektoralismus und sog. Realpolitik. Individuelles Denken wird kollektivem vorgezogen, materielles dem ideellen oder spirituellen, kurzfristiges dem langfristigen, Machtstreben dem Gemeinwohl, der Machterhalt der Durchsetzung von Ideen usw. Da alle Parteien von allen mit diesem Zeitgeist beseelten Bürgern gewählt werden wollen, sind sich auch alle etablierten Parteien in dieser Hinsicht gleich. Ein auf ideellen Grundwerten aufgebautes Zukunftprojekt haben sie nicht anzubieten. Ihr Hauptproblem ist daher, wie sie eigenes Profil zeigen können.

Sie versprechen mehr Wohlstand und verstehen ihn rein materiell: mehr haben, nicht mehr sein. Ein gutes Beispiel dafür war die Intervention des LSAP-Wirtschaftsministers R. Goebbels bei einem Rundtischgespräch des "Mouvement écologique" am 8. Juli 1991 über Landesplanung und Landschaftsverbrauch: Ohne zu zögern pries er den immer größeren Rückgriff auf Pendler aus dem nahen Grenzgebiet als Arbeitskräfte für die Luxemburger Wirtschaft, weil sie schon fertig ausgebildet sind, weil wir für sie weder Wohnungen noch Schulen bauen müssen, weil sie ihre Einkommenssteuer bei uns bezahlen und noch einen Teil ihrer Konsumausgaben in Luxemburg lassen. Statt die Arbeitsplätze im Ausland zu schaffen, dort wo Menschen wohnen, die Arbeit suchen, plädierte er für die Schaffung weiterer Arbeitsplätze in Luxemburg, obschon hier seit Jahren Arbeitskräftemangel besteht. Wir brauchen angeblich ein höheres Bruttosozialprodukt, um immer höhere Renten finanzieren zu können. Negative Folgen wie die zusätzliche Belastung unserer Straßen und der natürlichen Umwelt durch die täglich 34000 Pendler, oder die sich verschärfenden Integrationsprobleme, die von den hier wohnenden Portugiesen ausgelöffelt werden müssen, obschon sie im Gegensatz zu den Grenzgängern weitaus integrationswilliger sind, kamen in der Goebbels-Rede nicht vor.

Eine Partei, die sich Grundwerten wie Gleichheit, Brüderlichkeit, Solidarität, oder Frieden, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung verpflichten will,

darf nicht mit haushohen Wahlerfolgen rechnen, bis sie den Wählern die Glaubwürdigkeit als ersten Grundwert vermittelt hat. Eine auf diesen Werten aufbauende Politik muß sich in der Immigrationspolitik bewahrheiten, in der Nord-Süd-Politik, in der Friedenspolitik, in der Naturschutzpolitik. Statt vor dem Wähler zu kuschen bzw. sich von einer rechtsradikalen Minderheit ins Boxhorn jagen zu lassen, wenn die Frage des Wahlrechts für ausländische Mitbürger ansteht, muß sie offensiv ihren Einsatz für Gerechtigkeit und Solidarität vertreten. Statt einen immer höheren Lebensstandard bei uns zu versprechen, muß sie auch den Wähler überzeugen, daß ohne einen gerechteren Welthandel, der auch unsere Börse stärker belasten wird und uns eventuell auf die Schaffung von Arbeitsplätzen zugunsten solcher in der Dritten Welt verzichten läßt, mittelfristig Unruhen von weltweitem Ausmaß vor der Tür stehen: die zunehmenden Flüchtlingsbewegungen sind erste Anzeichen dafür. Statt Arbeitsplätze und Gewerbesteuererinnahmen in einer Fabrik für Plastikflaschen zu schaffen, muß sie dem Händler und dem Käufer höhere Gebühren für Nicht-Pfand-Flaschen abverlangen. Statt für den Bau eines Prunkpalastes für eine Minderheit von Liebhabern zeitgenössischer Kunst wird eine der Solidarität verpflichtete Partei eher in die kontinuierliche Kulturpolitik investieren, etwa in ein "Escher Schluechthaus", wo eine kulturell benachteiligte Jugend seit zehn Jahren ein Zuhause und künstlerische Ausdrucksformen gefunden hat. (Mit 5,2 Milliarden für das Pei-Projekt könnte der Luxemburger Staat während hundert Jahren jede Woche eine Million für kulturelle Aktivitäten ausgeben: Das Resultat einer solchen Finanzspritze mit Breitenwirkung ließe sich ohne Zweifel auch im Ausland als Spitzenleistung verkaufen.)

Eine sozialen Grundwerten verpflichtete Politik ist nicht unbedingt populär und führt wahrscheinlich öfters zum Koalitionskrach. Ihre Glaubwürdigkeit verlangt diesen Preis. "Sans vision globale prospective", schreiben die französischen Bischöfe (Le Monde, 11/10/1991), "(les partis) se contentent de gérer le quotidien, avec pour seul objectif le maintien ou le retour au pouvoir. (...) Il est urgent que les partis élaborent des projets collectifs répondant aux aspirations et les proposent dans un langage qui entraîne l'adhésion." Dem ist auch an die Adresse der LSAP im Hinblick auf ihre neue Grundsatzerklärung nichts hinzuzufügen.

michel pauly